

Eisenstadt, am 12.08.2015

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Manfred Kölly und Gerhard Hutter
betreffend **„Kampf gegen Schlepperkriminalität“**

Offene Grenzen zu unseren Nachbarn haben - z. B. im Straßen- oder Bahnverkehr - zweifelsfrei den kleinen Vorteil, keinerlei Wartezeiten an den Grenzen in Kauf nehmen zu müssen. Aber auch den evidenten Nachteil, dass Kriminelle an den Grenzen nicht mehr abgehalten werden können. Organisierte Kriminalität, Schlepperunwesen sowie Kriminalitätstourismus haben seit der Grenzöffnung massiv zugenommen und plagen die Österreicher immer mehr. Dazu kommt, dass offene Grenzen zu einem enormen Asylstrom Richtung Österreich führen, obwohl unser Land durch das Dublin II-Abkommen von sicheren Drittstaaten umgeben ist und eigentlich kein einziger Asylwerber über den Landweg nach Österreich kommen dürfte.

Schlepper sind gnadenlose Ausbeuter, die den Menschen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ihre letzten Habseligkeiten abnehmen und sie dann oft völlig ungeschützt und desorientiert aussetzen.

Mit Jänner wurden die Sonderkommission Schlepperei Nord in der Landespolizeidirektion Niederösterreich (Sitz in Traiskirchen) und die Sonderkommission Schlepperei Süd in der Landespolizeidirektion Burgenland (Sitz in Eisenstadt) eingereicht. Ziel ist es, international agierende Schleppernetzwerke durch gemeinsame, internationale strategische und operative Steuerung von großen Ermittlungsverfahren nachhaltig auszuschalten und eine deutliche Reduzierung der Schlepperaktivität nach und durch Österreich zu bewirken.

Die Sonderkommission Schlepperei Süd ist schwerpunktmäßig verantwortlich für die Bekämpfung der Schleppernetzwerke in der Balkanregion, in Südosteuropa, Kleinasien, Pakistan, Afghanistan, Syrien und dergleichen.

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 34.070 Personen aufgegriffen. Das bedeutet im Vergleich zu 2013 (27.486 Personen) eine Steigerung von 24 Prozent. Die Zahl der Schlepper stieg von 352 (2013) auf 511 (2014) und die Zahl der geschleppten Personen stieg von 12.323 (2013) auf 20.768 (2014).

Die meisten festgestellten Grenzübertritte erfolgten aus Italien (51,6 Prozent) und Ungarn (34,4 Prozent). Das Burgenland ist durch die Angrenzung an Ungarn besonders betroffen und hat mit einem erhöhten Schlepperaufkommen zu rechnen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Die Bgld. Landesregierung wird aufgefordert in Verhandlungen mit der Bundesregierung einzutreten um eine finanzielle und personelle Mittelerhöhung für den Kampf gegen die Schlepperbekämpfung sicherzustellen und von der EU einen Kostenbeitrag in Höhe von EURO 200.000,-- pro Jahr zur Schlepperbekämpfung zu erwirken.

Manfred Kölly eh.

Gerhard Hutter eh.